

Hohenzollern müssen vor Gericht

... und die „Aktion Sorgenprinz“ sowie „Sommerhilfe Hohenzollern“ voraussichtlich aktiv werden.

Seit dem Jahr 2014 führt Georg Friedrich Prinz von Preußen Verhandlungen mit der öffentlichen Hand um Entschädigungszahlungen für Immobilien, Kunstschatze und zur eigenen Reputation. Wir haben mehrfach über den Stand der Dinge, den „Sorgenprinz“ und dessen Verquickung mit der Politik des Landes berichtet. Nun kommt es zur juristischen Beurteilung der NS-Verstrickung der Hohenzollern oder mögliche Entschädigungen.

Diverse Hohenzollern-Offerten für einen Vergleich mit den Ländern Brandenburg, Berlin und dem Bund sind nun endgültig gescheitert. Die öffentliche Hand lehnt Güteverhandlungen ab, wie aus einem Schreiben des brandenburgischen Finanzministeriums vom 3. Mai 2022 an das Verwaltungsgericht Potsdam hervorgeht. Zuletzt hat nur noch die Brandenburger Finanzministerin Katrin Lange (SPD), für einen Vergleich geworben. Damit stand sie allerdings allein da. Die Kulturstatsministerin des Bundes, Claudia Roth (Grüne), Berlins Finanzsenator Daniel Wesener (Grüne) und Kultursenator Klaus Lederer (Linke) und Brandenburgs Kulturministerin Manja Schüle (SPD) hatten scheinbar genug vom Hin und Her der Vergangenheit. Im Ergebnis der Beratung sind weitere Gespräche mit dem Haus Hohenzollern, welches zahlreich gerichtlich gegen Historiker:innen und Journalist:innen vorging, abzulehnen und eine Entscheidung durch das Gericht herbeizuführen.

Georg Friedrich Prinz von Preußen will eine wegen der NS-Verstrickungen seiner Vorfahren abgelehnte 1,4-Millionen-Euro-Entschädigung für 60 zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone enteignete Immobilien in der Mark

einklagen. Eine solche Entschädigung ist nach dem Bundesgesetz von 1996 ausgeschlossen, wenn die damaligen Eigentümer der NS-Diktatur „erheblich Vorschub“ geleistet haben. Die öffentliche Hand hat zahlreiche Gutachten als Argument auf ihrer Seite um das Ansinnen der Hohenzollern abzuwehren.

Falls der Hohenzollernprinz deshalb vor Gericht verliert, werden die „Aktion Sorgenprinz“ und „Sommerhilfe Hohenzollern“ hoffentlich wieder aktiv werden und mit spannenden Sachspenden dem ehemaligen Herrscherhaus zur Seite springen und ihnen das Leben in der ehemaligen Residenzstadt und heutigen Landeshauptstadt erträglicher zu machen.

OW/CK